



Starke Gemeinden für einen zukunftsfähigen Kanton

«Treten an Ort» scheint seit Jahren eine Art Geheimparole der bürgerlichen Mehrheit des Kantons Baselland zu sein. Krämermentalität und eine tief verankerte Mutlosigkeit lassen eine pessimistische Grundstimmung entstehen, die es einem schwer macht, überhaupt an eine positive Zukunft dieses Kantons zu glauben. Ein starker Kanton sollte eigentlich in der Lage sein, sich laufend zu verändern und sich durch neue Ideen nicht gleich in den Grundfesten gefährdet zu sehen. Das ist Leben. Und dazu braucht es keine Weltuntergangsstimmung, wie sie zum Beispiel von Gegnern der Fusionsinitiative zelebriert wird – da müsste von Lebendigkeit, Kraft und Widerstandsfähigkeit die Rede sein! Ganz unabhängig davon, wie die Abstimmung zur Fusionsinitiative ausgeht: Es braucht grundsätzliche Reformen, damit dieser Kanton fit für die Zukunft wird.

Die grösste Herausforderung für einen zukunftsfähigen Kanton BL ist es, einen Rahmen zu schaffen, in dem die ländlich geprägten Regionen und die eher städtischen Vorortgemeinden eine gemeinsame Zukunft finden. Die zunehmende Gehässigkeit zwischen Stadt und Land ist eine gefährliche Entwicklung. Sie führt zu einer künstlichen Entfremdung in der Bevölkerung und zu einer Desolidarisierung.

Der Kanton Basel-Landschaft ist sehr zentralistisch organisiert. Er lässt den Gemeinden wenig Spielraum, übernimmt viele Aufgaben,

die andernorts von den Gemeinden wahrgenommen werden. Damit ist er aber auch überfordert. Der zentrale Ansatzpunkt einer Kantonsreform muss darum eine grundsätzliche Neuverteilung der Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden sein.

Heute wird der Kanton aufgerieben durch die ganz unterschiedlichen Ansprüche der Gemeinden: Er ist selber «unterfinanziert» und muss trotzdem viele Aufgaben für die Gemeinden übernehmen. Die grossen Gemeinden wären in der Lage, beinahe alle Aufgaben selber zu erfüllen. Sie fordern entsprechend mehr Autonomie. Kleine Gemeinden sind jedoch auf Fremdzahlungen angewiesen. Die ländlichen Gemeinden sind in der Überzahl und haben ein entsprechendes Gewicht. Der Finanzausgleich in seiner gegenwärtigen Form verstärkt diese Probleme noch. Die grossen Gemeinden fühlen sich als Milchkühe missbraucht – die kleinen Gemeinden sehen sich aufgrund ihrer Strukturen gar nicht in der Lage, mehr Aufgaben wahrzunehmen. Ziel eines verbesserten Finanzausgleichs müsste es darum sein, einerseits die Solidarität unter den Gemeinden zu stärken,

dies aber gleichzeitig auch mit einer strukturellen Stärkung zu verbinden. Die Gemeinden als «politische Einheiten» müssen in die Lage versetzt werden, sich selber zu tragen. Fusionen werden dabei unumgänglich sein, es gibt zu viele zu kleine Gemeinden in BL.

Beiträge aus dem Finanzausgleich sind im Grunde bereits gelebte Solidarität. Sie müssten jedoch gezielter, im Sinn von «Strukturförde-

Der Kanton Baselland kann nur saniert werden, wenn er Aufgaben an die Gemeinden abgeben kann. Dies kann er aber nur, wenn die Gemeinden stark, grösser und besser werden.

rungsbeiträgen», eingesetzt werden und mit Bedingungen verknüpft sein. Es braucht

- Zielsetzungen und eine Zukunftsplanung für die einzelnen Gemeinden (vergleichbar mit einem «Businessplan», den ein KMU vorlegen muss, um bei einer Bank Kredit zu erhalten)
- anzustrebende Gemeindegrössen (z.B. mindestens 2000 Einwohner).
- Anreize durch mehr Autonomie: Die Gemeinden erhalten mehr Spielraum bei der Erledigung ihrer Aufgaben. Das bedeutet auch, dass Unterschiede in einer bestimmten Bandbreite zugelassen werden.

Der Boden für solche Veränderungen ist vorhanden. Im Unterschied zur Stagnation auf Kantonsebene ist auf Gemeindeebene eine eigentliche Aufbruchstimmung zu spüren. Die Gemeinden melden sich zu Wort und nehmen ihr Schicksal in die Hand. Alte Rivalitäten werden überwunden, man sucht die Zusammenarbeit in funktionalen Räumen. Die Gemeinden werden auch aufmüpfiger und machen ihren Einfluss geltend (Stichwort Pensionskasse). Diese Entwicklung muss der Kanton als Chance nutzen. Ein starker Kanton braucht starke Gemeinden als Partner auf Augenhöhe. Nur so findet unsere Region zur alten Stärke zurück.

Felix Jehle



Gemeindelandschaft. Im Bild: Ettingen und Umland.

Regula Nebiker,
Stadträtin Liestal,
Regierungsratskandidatin



MÜNGER & NEBIKER

Ein starkes Duo für den Regierungsrat

«Der bürgerliche Block blockiert diesen Kanton. Das Baselbiet braucht aber keine Blockaden – wir brauchen Bewegung», so der Paukenschlag von Parteipräsidentin Pia Fankhauser zum Auftakt der Delegiertenversammlung in Sissach. Eine richtige Erneuerung kann nur mit einer rot-grünen Mehrheit im Regierungsrat erreicht werden. Und so entschieden sich die Delegierten für ein Zweierticket und nominierten für den Regierungswahlkampf ein starkes Duo: Regula Nebiker und Daniel Münger.

Die Kandidierenden im O-Ton

Regula Nebiker: «Der Kanton ist in einer Abwärtsspirale, und zwar schon seit einer Weile. Dafür verantwortlich ist die bürgerliche Mehrheit, die es verpasst hat, rechtzeitig die Weichen zu stellen für eine zukunftsweisende Entwicklung. Die Totengräberhethorik der FusionsgegnerInnen stört mich. Sie glauben nicht mehr an eine lebenswerte Zukunft. Ein starker, selbstständiger Kanton braucht andere Bilder als Sargnägel! Ich möchte, dass dieser Kanton wieder eine glaubwürdige Zukunft hat. Die SP wird hierbei die entscheidende Rolle spielen.»

Daniel Münger: «Ob eine Fusion geprüft wird oder nicht – die neue Regierung wird auf jeden Fall gefordert sein. Sie wird anpacken und neue Wege aufzeigen müssen. Das will ich mit-



Bild: Felix Jehle

gestalten und Lösungen suchen für diese Herausforderungen, die notabene wie gemacht sind für sozialdemokratische Politik. Es ist der richtige Zeitpunkt für einen Wechsel – hin zu einem Baselbiet, das für soziale Gerechtigkeit, ökologischen Fortschritt und wirtschaftliche Stärke steht.»

Nina Hochstrasser
Parteisekretärin SP BL



PAROLEN SP BASELLAND

KANTONALE VORLAGEN

Gegenvorschlag zur Initiative ein Basel (Fusionsprüfung) **JA**

Änderung des Gesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (Vermögensverzehr) **JA**

Änderung der Kantonsverfassung (Landratspräsidium) **JA**

Teilrevision des Landratsgesetzes: Parlamentsreform, Kontrolle der Beteiligungen **JA**

LISELOTTE SCHELBLE †

Eine Politikerin mit Herz – eine herzliche Politikerin

Anfang September verstarb in Reinach für viele überraschend die ehemalige Landratspräsidentin und Heilpädagogin Liselotte Schelble Hintermann. Sie kam 1946 in Zürich zur Welt und lebte seit 1950 in Reinach, wo sie auch die Schulen besuchte, bevor sie sich zu Primarlehrerin und zur Legasthenietherapeutin ausbilden liess. Liselotte Schelble arbeitete ohne Unterbruch auch als Familienfrau und als sehr aktive Politikerin im schulischen Umfeld in verschiedensten Funktionen. Sie hatte aus erster Ehe zwei Kinder und heiratete im Jahre 1991 ihren langjährigen Partner Urs Hintermann.

Liselotte begann offiziell zu politisieren, als das Frauenstimmrecht eingeführt wurde. Sie wurde

1972 als Vertreterin des Landesrings in den Einwohnerrat Reinach gewählt, wechselte dann zur Sozialdemokratischen Partei und wurde 1980 Einwohnerratspräsidentin. Von 1983 bis 1997 politisierte sie im Landrat, wobei die Bildungs- und die Geschäftsprüfungskommission den inhaltlichen Schwerpunkt bildeten. Von 1987 bis 1994 war sie Präsidentin der SP-Fraktion. Ein politischer und persönlicher Höhepunkt war für sie das Amtsjahr 1995/96, in dem sie das Landratspräsidium führen durfte. Neben dem Landrat



Herzhaftes Politikerin im Wahlkampf 1995

engagierte sich Liselotte auch in verschiedensten Kommissionen im Bildungsbereich. Für mich war Liselotte ein Mensch und eine Politikerin, die den Grundsatz «sei hart in der Sache und sanft zur Person» vorlebte. Ihre Herzlichkeit und ihre fachliche Bestimmtheit führten im Landrat dazu, dass sie nicht nur in der Fraktion, sondern auch in den Kommissionen über die Parteigrenzen hinaus geschätzt wurde.

Liselotte war nicht nur herzlich, Liselotte politisierte, arbeitete und lebte mit Herz. Für mich bleibt

stark in Erinnerung, wie sie in der Bildungspolitik immer die Schülerinnen und Schüler und nicht die Lehrpersonen in den Vordergrund stellte. Der Einsatz für die Benachteiligten war ihre Triebfeder, nicht nur in der Bildungspolitik, sondern bei ihrer ganzen politischen und beruflichen Arbeit. Trotz ihres Einsatzes mit ganzem Herzen war Liselotte eine Kollegin, die Humor hatte und mit Charme führte und politisierte. Sie nahm ihr Gegenüber wahr und ernst und hatte die Gabe, immer wieder Wertschätzung zu vermitteln. Es ist traurig und schade, dass Liselotte nicht mehr Zeit gegönnt war, ihren Weg weiterzugehen – mit all ihren Fähigkeiten, Interessen und Beziehungen.

Andres Klein, SP Gelterkinden



Die Rote Bühne

Eigentlich war der «Rote Feierabend» eine tolle Möglichkeit, sich zu treffen und ausserhalb einer offiziellen Sitzung gemeinsam politisieren zu können. Weil der Aufwand gross und das Interesse relativ klein war, wurde dieses Format eingestellt. Dafür gibt es jetzt eine neue

Plattform: Die «Rote Bühne». Sie findet vor jeder zweiten Delegiertenversammlung (am jeweiligen Ort der DV) von 19 bis 19.45 Uhr statt. Hier können Themen unabhängig von Parolenfassungen und Abstimmungen diskutiert werden. Alle Mitglieder haben die Möglichkeit, sich auf der Roten Bühne zu präsentieren. Da sie nicht so gross wie die DV angelegt ist, bietet sie auch eine Chance, das Sprechen vor Publikum zu üben, Meinungen einzuholen oder einfach Themen, die einem unter den Nägeln brennen, zu diskutieren.

Auf der ersten Roten Bühne hat Evelyne Balsiger das Projekt einer neuen Basler Geschichte und deren Trägerverein vorgestellt. Sie hat erklärt, was es mit der Wanderboje auf sich hat, und diskutierte mit den Anwesenden die politischen Aspekte des Vorhabens. Die nächste

Rote Bühne findet am 28. Oktober im Volkshaus statt. Im Fokus werden die Menschenrechte stehen.

Ihr beschäftigt euch mit einem politischen Thema und niemand weiss es? Oder ihr möchtet gerne ein Thema aus eurer Sachgruppe oder dem QV heraustragen und verhandeln? Dann meldet euch für die Rote Bühne! Ideen und Inputs für weitere Rote Bühnen sind sehr willkommen. Bühne frei!

PAROLEN SP BASEL-STADT

28. September 2014

KANTONALE ABSTIMMUNGEN

Grossratsbeschluss zur Stadtrandentwicklung Ost **JA**

Grossratsbeschluss zur Stadtrandentwicklung Süd **JA**

Gegenvorschlag zur Fusionsinitiative **JA**



Michela Seggiani
Vizepräsidentin SP Basel-Stadt

Menschenrechte im Brennpunkt

Anfangs Dezember kommen über 57 AussenministerInnen nach Basel, um an der OSZE-Ministeratskonferenz teilzunehmen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) wird 2014 von der Schweiz präsiert. Die Organisation möchte zur Stabilität, dem Frieden und der Demokratie in Europa beitragen. Eine der drei Dimensionen, auf denen die OSZE aufgebaut ist, ist die menschliche, zu der auch die Einhaltung der Menschenrechte gehört. Die Umsetzung der Menschenrechte ist ein Hauptziel des schweizerischen Präsidialjahres 2014. Wir möchten die Gelegenheit dieser internationalen Konferenz in Basel nutzen, um mit euch

über die Menschenrechte zu diskutieren. Wie können sie gewährleistet werden? Sind sie ein westliches Kulturprodukt oder universell? Sind militärische Einsätze oder friedenssichernde Massnahmen gerechtfertigt, um Menschenrechte umzusetzen? Sind es nicht oft geopolitische Ziele, die damit erreicht werden sollen?

Für Inputreferate konnten wir Fabian Molina und Anita Fetz ge-

winnen. Nach ihren Inputs werden wir im Rahmen der Roten Bühne die Menschenrechte und die damit zusammenhängende umstrittene «Friedenssicherung» im Plenum diskutieren. Unter anderem wird die Thematik der Auslandseinsätze der Schweizer Armee eine Rolle spielen. Über eine Verlängerung der Schweizer Teilnahme an der internationalen friedensfördernden Mission Ko-

sovo force (KFOR) wird das Bundesparlament noch dieses Jahr entscheiden.

Ich freue mich, mit euch dieses kontroverse Thema auf der Roten Bühne zu diskutieren.

Rote Bühne zum Thema Menschenrechte mit Fabian Molina (Präsident JUSO Schweiz) und Anita Fetz (Ständerätin SP BS) am Dienstag, 28. Oktober, um 19 Uhr im Volkshaus

MEHR INFOS

OSZE und Schweizer Vorsitz: www.eda.admin.ch/osze
Ziviles Begleitprogramm von Swisspeace: www.swisspeace.ch/projects/osce-chairmanship.html
Menschenrechte: www.amnesty.ch/de/themen/menschenrechte

Sarah Wyss
Grossrätin SP Basel-Stadt



Soziale Zahnpflege braucht Sicherheit

Die Fraktionen von SP und Grünem Bündnis im baselstädtischen Grossen Rat wehren sich bis hin zu einem Referendum gegen die Auslagerung der öffentlichen Zahnkliniken (Volkszahnklinik/Schulzahnklinik) aus der kantonalen Verwaltung. Sie sind aber für deren Zusammenarbeit und räumliche Zusammenlegung mit den Universitätskliniken für Zahnmedizin. In diesem Sinne beantragten 6 von 13 Mitgliedern der Gesundheits- und Sozialkommission im Grossen Rat mit einem Minderheitsbericht die Rückweisung des Ratschlages betreffend Universitäres Zentrum für Zahnmedizin an den Regierungsrat. Nach diesem Ratschlag soll das durch Fusion neu zu bildende Zentrum ähnlich wie die staatlichen Spitäler als selbständige öffentliche Anstalt tätig sein.

Mit der Rückweisung zur Neugestaltung des unumgänglichen engen Zusammenwirkens der zahnärztlichen Institute und Dienste muss vor allem der soziale Auftrag der öffentlichen Zahnmedizin sichergestellt werden. Die Zahnmedizin wird leider durch die Krankenversicherung nicht abgedeckt. Die Patientinnen und Patienten müssen die Behandlung selbst bezahlen. Die öffentlichen Zahnkliniken bieten bisher für Jugendliche unentgeltliche Prävention. Im Weiteren kommen sie durch Sozialtarife den wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsteilen entgegen. Dies kostet den Kanton jährlich etwa 6,4 Millionen Franken. Die Zahnpflege hat für die allgemeine Gesundheit eine zentrale Bedeutung. So schreibt der Regierungsrat im Ratschlag, dass die Zusammen-

hänge zwischen Zahngesundheit und allgemeiner Gesundheit in wachsendem Masse an Bedeutung gewonnen haben.

Mit der Auslagerung der Zahnkliniken und deren Fusion mit den Universitätskliniken für Zahnmedizin wird die sozialpolitische Einflussnahme schwieriger. Denn die unmittelbare Verantwortung tragen dann Geschäftsleitung und Verwaltungsrat. Damit wird die Durchsetzung sozialer Anliegen – ähnlich wie heute schon in den verselbständigten staatlichen Spitälern – erschwert.



Jürg Meyer
Grossrat SP Basel-Stadt

Honoraraffäre – oder doch eher Wahlkampf?

In der ersten Landratssitzung nach der Sommerpause wurde noch einmal lang über die Honoraraffäre diskutiert. Es ging dabei aber nicht darum, wer wie viel zurückzahlen muss, bzw. wie Regierungsmitglieder in Zukunft mit Entschädigungen umgehen sollen. Die Diskussion ging einmal mehr alleine darum, ob die Verfahren Ende letzten Jahres korrekt durchgeführt worden sind.

Die Honoraraffäre war eine Ausnahmesituation. Die Untersuchungen der Finanzkontrolle haben Unstimmigkeiten an den Tag gebracht, die allenfalls auch rechtliche Konsequenzen haben könnten. Um nicht Fristen zu verpassen, hat der Regierungsrat darum Ende 2013 beschlossen, die Staatsanwaltschaft über den Fall zu informieren. Dieser Schritt hat auch den sofortigen Gang an die Öffentlichkeit erfordert, denn nur so konnte sichergestellt werden,

dass nicht tröpfchenweise Informationen nach aussen dringen. Der Auftritt der gesamten Regierung und der Präsidenten von Finanzkommission und Ausschuss Finanzkontrolle war ein starkes Zeichen für den Willen zu Transparenz, Aufklärung und korrektem Umgang mit Entschädigungen in der Zukunft.

In dieser hektischen Phase Ende 2013 sind Fehler passiert. Diese wurden vom Präsidenten der Finanzkommission bereits eingeräumt, und er hat sich dafür entschuldigt. Das erneute Aufwärmen dieser alten Fehler im Parlament zeigte, dass es nun vor allem um Animositäten von Marc Bürgin, Gerhardt Schafroth und Hanspeter Weibel gegenüber Klaus Kirchmayr und Marc Joset ging – und nicht mehr um echte politische Anliegen. Das Büro und die Mehrheit des Landrats blieben bei der Meinung, dass das

Vorgehen und die Arbeitsweise gründlich untersucht worden sind und dass dieses Thema nun als abgeschlossen beurteilt werden kann.

Unbeantwortet blieb die Frage, warum die Regierung fast neun Monate nach Bekanntwerden der Honoraraffäre die Rückzahlungsforderungen ohne Anhörung der Betroffenen publik gemacht hat. Gleichzeitig wurde auch noch die Berechnungsmethode so angepasst, dass die amtierende Regierungsrätin, ohne von Rückzahlungsforderungen belastet zu sein, in die Nominationsverfahren bei den bürgerlichen Parteien steigen konnte. Honni soit ...

Kathrin Schweizer
Fraktionspräsidentin
SP Baselland



AGENDA SP BASEL-STADT

Dienstag, 30. September
Delegiertenversammlung
Volkshaus, Unionssaal, 20 Uhr

Dienstag, 21. Oktober
Partei Vorstand
Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr

Dienstag, 28. Oktober
Delegiertenversammlung
Volkshaus, Unionssaal, 20 Uhr

AGENDA SP BASELLAND

Samstag, 25. Oktober, Liestal,
10 Uhr
**Delegiertenversammlung der
SP Schweiz**

Samstag, 8. November,
ganzer Tag, Kirchgemeindehaus
Münchenstein
**Wahlparteitag und
Delegiertenversammlung
der SP Baselland**
(DV vom 22.10. entfällt!)

Samstag, 22. November, ab 13
Uhr, Regierungsgebäude Liestal
**Seminar Schweiz und Europa
– wie weiter?**
Bitte anmelden:
www.juso-bl.ch/europa

WEITERBILDUNG AUFTRITTSKOMPETENZ

Im Hinblick auf die Wahlen bieten die SP Frauen eine Schulung in Auftrittskompetenz und Kommunikation an. Kursleiterin ist Cornelia Kazis, Redakteurin bei Radio SRF, Journalistin, Referentin, Moderatorin, Erwachsenenbildnerin, Publizistin und Autorin.

Samstag, 25. Oktober, 9 bis 17
Uhr, Arche, Therwilerstrasse 44,
Oberwil

Anmeldung bitte bis
zum 30. September
an info@sp-bl.ch

